



Solidarität vor Ort mit den Mitarbeiter*innen unserer Krankenhäuser

Seit der Übernahme des VKH durch die nunmehr in Insolvenz befindliche AWO geht es mit unserem Krankenhaus bergab. Die Konsequenzen der Fehlplanung und Selbstüberschätzung der Beteiligten vor Ort wurden seither ausschließlich auf den Rücken der Beschäftigten ausgetragen. Personalabbau und die daraus resultierende Arbeitsüberlastung sind die Ursache für die nicht mehr angemessen gewährleistete Patientenversorgung.

Jenseits des Drucks auf die Beschäftigten wurde zur Sicherung der Arbeitsplätze im letzten Jahr die Zahlung des Weihnachtsgelds ausgesetzt; das wird wohl nun komplett in der Insolvenzmasse untergehen.

Und nun droht die vollständige Privatisierung der Krankenhäuser. Die Folgen sind weiterer Personalabbau, die Schließung wirtschaftlich unrentabler Abteilungen und im Ergebnis die Vernichtung unserer Gesundheitsversorgung in Hann. Münden.

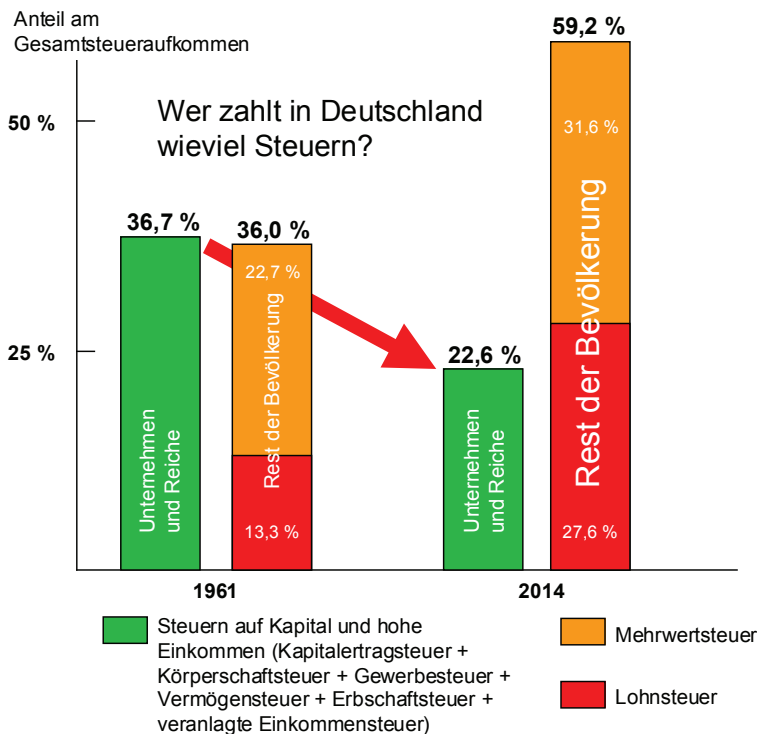
Dem müssen wir uns alle gemeinsam entgegen stellen. Eine Gesundheitsversorgung für alle Bürger gehört in unsere eigene, in kommunale Hand. Helfen Sie mit, dafür zu sorgen, dass wir in Münden auch in Zukunft ein funktionierendes Krankenhaus haben.

Wenden Sie sich an die Verantwortlichen in der Politik und unterstützen Sie die Mitarbeiter*innen unserer Krankenhäuser im Kampf um den Erhalt ihrer Arbeitsplätze und den gerechten Lohn für die Arbeit, die sie für uns alle leisten.

DIE LINKE. Ortsverband Hann. Münden

Ein Wort zu den ‚bedauerlicherweise‘ leeren öffentlichen Kassen:

Es wird immer gesagt, Privatisierungen seien der einzige Ausweg aus der Pleite. Aber stimmt das auch?



Die Reichen haben sich schamlos von Steuern entlasten lassen.

Wir, die Beschäftigten, haben nicht nur ihren Reichtum geschaffen, sondern durften ihnen auch noch die Steuerzahlung abnehmen.

Mit den gesparten Steuern kaufen sie Krankenhäuser und anderes auf und wollen ihren Reichtum noch weiter vermehren.

Das Gesamtvermögen in privater Hand in der Bundesrepublik beträgt inzwischen über 10 Billionen Euro.

Es muss gegengesteuert werden

Steuern für Gewinne, große Vermögen und Einkommen rauf!

Zum Beispiel:

- Die Körperschaftsteuer, also die Steuer der großen Kapitalgesellschaften, wurde seit 1989 von 56 % auf 15 % gesenkt.
- Allein die Wiedereinführung der Vermögensteuer würde 80 Mrd. € Mehreinnahmen einbringen.

Steuern für Erwerbstätige und Kleinunternehmen runter!

DIE LINKE fordert die Steuerfreiheit jedes gesetzlichen Mindestlohns.

Das entsprechende Monatsbrutto für Vollzeitbeschäftigung ist das offizielle Existenzminimum von Erwerbstätigen.

Schon bei dem relativ niedrigen aktuellen gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 € bedeutet dies, dass der für alle geltende Grundfreibetrag der Einkommensteuer sofort von den mickrigen 706 auf 1.048 € pro Monat angehoben werden muss.

Mehr Informationen: www.75EuroMehr.de

Schluss mit den Privatisierungen von Krankenhäusern und anderen öffentlichen Aufgaben! Es könnte leicht genug Geld da sein!

Gemeinsam mit den Mitarbeiter*innen unserer Krankenhäuser melden wir jetzt den Bedarf an und stellen uns der Privatisierung in den Weg. Das Geld muss von da rein geholt werden, wo es sich ungerechtfertigter Weise angesammelt hat.